

**Vereinbarung
nach § 21 Abs. 7a KHG
zum Verfahren des Nachweises für die Ausgleichszahlungen
nach § 21 Abs. 2b KHG
(3. Ausgleichszahlungsvereinbarung)**

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin,

dem Verband der Privaten Krankenversicherung, Köln,

- gemeinsam -

und

der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Berlin

vom 21.12.2021

zuletzt geändert durch die
Änderungsvereinbarung vom 10.01.2022

Präambel

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wurde mit Blick auf die erneute dynamische Entwicklung der Corona-Pandemie festgelegt, dass zur Erhöhung der Verfügbarkeit von intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten in bestimmten Krankenhäusern planbare Aufnahmen oder verschiebbare Operationen oder Eingriffe ausgesetzt werden sollen. Für die Ausfälle von Einnahmen, die diesen seit dem 15. November 2021 bis zum 31. Dezember 2021 dadurch entstehen, dass Betten auf Grund der SARS-CoV-2-Pandemie nicht so belegt werden können, wie es geplant war, erhalten sie Ausgleichszahlungen.

Der Gesetzgeber hat den GKV-Spitzenverband, den Verband der Privaten Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (nachfolgend: die Vertragsparteien) mit § 21 Abs. 7a KHG beauftragt, bis zum 19. Dezember 2021 das Nähere zum Verfahren des Nachweises der Zahl der täglich voll- oder teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten im Vergleich zum Referenzwert für die Ermittlung und Meldung nach § 21 Abs. 2b KHG zu vereinbaren. Mit dieser Vereinbarung kommen die Vertragsparteien ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

§ 1 Grundlagen

- (1) Diese Vereinbarung gilt gemäß § 21 Abs. 1b KHG für alle zugelassenen Krankenhäuser, deren Leistungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet werden und die die Vorgaben nach § 21 Abs. 1b Ziffer 1 oder 2 KHG erfüllen.
- (2) Als Referenzwert für die Zwecke dieser Vereinbarung gilt der ab dem 13.07.2020 an die Landesbehörden übermittelte Referenzwert für den Leistungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes gemäß § 5 Absatz 3 in Verbindung mit Anlage 1 Nummer 2.1 der 2. Ausgleichszahlungsvereinbarung vom 08.07.2020.
- (3) Gemäß § 21 Abs. 2b KHG ermitteln die Krankenhäuser, die die Voraussetzungen nach § 1 Absatz 1 erfüllen, die Höhe der Ausgleichszahlungen, indem sie ab dem 15.11.2021 bis einschließlich 19.03.2022 täglich für die Kalendertage des Zeitraums vom Referenzwert nach Absatz 2 die gemäß § 3 ermittelte Zahl der am jeweiligen Tag im Leistungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes voll- und teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten abziehen. Sofern das Ergebnis größer als Null ist, sind 90 Prozent dieses Ergebnisses mit der sich für das Krankenhaus geltenden tagesbezogenen Pauschale nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 der COVID-19-Ausgleichszahlungs-Anpassungs-Verordnung vom 3. Juli 2020) oder der sich aus der Anlage zu dieser Verordnung ergebenden tagesbezogenen Pauschale zu multiplizieren.
- (4) Die Ausgleichszahlungen sind nach den Vorgaben in § 3 zu berechnen und nach den Vorgaben in § 4 an die Landesbehörden zu melden.

- (5) Die Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge ist gemäß § 4 gegenüber den Landesbehörden zu melden und nachzuweisen. Diese Meldung bildet die Grundlage für die Auszahlung der Länder an das Krankenhaus.

§ 2

Ermittlung der Zahl der täglich behandelten Patientinnen und Patienten

- (1) Gemäß § 21 Abs. 2b KHG ermitteln die Krankenhäuser täglich die Zahl der am jeweiligen Tag voll- und teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten. Die Ermittlung nach Satz 1 hat nur für den Leistungsbereich des Krankenhausentgeltgesetzes zu erfolgen.
- (2) Hierzu sind die Patientinnen und Patienten zu zählen, die sich am jeweiligen Kalendertag in voll- und teilstationärer Behandlung befinden. Bei vollstationären Behandlungen ist der Aufnahmetag und jeder weitere Behandlungstag mit Ausnahme des Entlassungstages zu berücksichtigen. Bei Entlassung am Aufnahmetag ist der Aufnahmetag als Behandlungstag zu zählen. Bei teilstationärer Behandlung ist der Aufnahmetag und jeder weitere Behandlungstag zu berücksichtigen.
- (3) Die Anzahl der Patientinnen und Patienten am jeweiligen Kalendertag ist für voll- und teilstationäre Behandlungen gemäß der in der Anlage dargestellten Systematik anzugeben.

§ 3

Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge

- (1) Die nach § 2 im Zeitraum nach § 1 Abs. 3 ermittelte Anzahl der voll- und teilstationären Behandlungstage je Kalendertag ist vom Referenzwert nach § 1 Abs. 2 abzuziehen. Sofern das Ergebnis größer als Null ist, sind 90 Prozent dieses Ergebnisses mit der sich für das Krankenhaus nach § 1 Absatz 1 Nr. 2 der COVID-19-Ausgleichszahlungs-Anpassungs-Verordnung vom 03.07.2020 oder der sich aus der Anlage zu dieser Verordnung ergebenden tagesbezogenen Pauschale zu multiplizieren.
- (2) Die tagesbezogenen Ausgleichsbeträge sind für alle Kalendertage zu ermitteln. Der Ausgleichsbetrag für eine Kalenderwoche ist als Summe aller tagesbezogenen Ausgleichsbeträge der jeweiligen Woche zu berechnen.

§ 4

Meldung und Nachweis

- (1) Für die Meldung der Höhe der Ausgleichszahlung nach § 21 Abs. 2b KHG haben die Krankenhäuser die Daten und Informationen gemäß der Anlage an die Landesbehörden zu übermitteln.

- (2) Die Übermittlung umfasst alle Kalendertage im Zeitraum nach § 1 Absatz 3. Die Meldung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge gemäß der Anlage ist wochenweise und möglichst innerhalb von zwei Werktagen nach Abschluss einer Kalenderwoche zu übermitteln.
- (3) Die Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten nach § 2 sowie die Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge nach § 4 sind für alle Kalendertage der abgelaufenen Kalenderwoche mit Angabe des Datums entsprechend der Anlage darzulegen.
- (4) Die Landesbehörden können zum Nachweis eine Plausibilisierung und Überprüfung der Meldung nach der Anlage anhand der nach § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 KHEntgG übermittelten Daten der Jahre 2019 und 2021 durchführen.

§ 5

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien werden die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahekommt.

§ 6

Inkrafttreten und Kündigung

- (1) Die Vereinbarung tritt am 21. Dezember 2021 in Kraft und gilt für die Ermittlung und Meldung der Ausgleichszahlungen nach § 21 Abs. 1b KHG für Kalendertage ab dem 15.11.2021.
- (2) Die Vereinbarung kann zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Die Vereinbarung gilt bis zu einer Neuvereinbarung oder zum Auslaufen der gesetzlichen Grundlage fort.

Berlin, Köln, 21. Dezember 2021

GKV-Spitzenverband

Verband der Privaten Krankenversicherung

Deutsche Krankenhausgesellschaft

Anlage: Meldung nach § 21 Abs. 2b KHG ab dem 15.11.2021 bis zum 19.03.2022

Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge

Krankenhaus (Name, Anschrift):	
Ansprechpartner (Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)	
IK:	
Bankverbindung:	
tagesbezogene Pauschale Bereich KHEntgG gem. §1 Absatz 2:	

Meldung Bereich Krankenhausentgeltgesetz

Nr.		Tag 1	Tag 2	Tag 3	Tag 4	Tag 5	Tag 6	Tag 7	Ausgleichsbetrag pro Kalenderwoche
1	Datum								
2	Behandlungstage KHEntgG/DRG (Somatik) gesamt								
2.1	davon: vollstationär								
2.1	davon: teilstationär								
3	Referenzwert 2019 Krankenhausentgeltbereich								
4	Differenz (Referenzwert 2019 - Nr. 2)								
5	90 % von Nr. 4, sofern größer Null								Summe KHEntgG: Tag 1 bis Tag7
6	Ausgleichsbetrag pro Tag Bereich Krankenhausentgeltgesetz (Nr. 5 * tagesbezogene Pauschale)								

Hiermit wird die Richtigkeit der obigen Angaben bestätigt.

Name:

Datum:

Unterschrift: